



**PRESSEMITTEILUNG**

Nr. 279/GP

29.10.2015

**Huml setzt bei Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen auch auf regionale Netzwerke - 1. Geschäftsstellenleiter-Treffen der 24 "Gesundheitsregionen plus" in Bamberg**

**Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml** setzt bei der ärztlichen Versorgung von Asylbewerbern auch auf die neuen "Gesundheitsregionen plus". Huml betonte am Donnerstag anlässlich des 1. Treffens der Geschäftsstellenleiter aller 24 Regionen: "Die Bayerische Staatsregierung hat schnell reagiert und bereits ein Sonderprogramm zur Bewältigung der Flüchtlingskrise aufgelegt. Aber auch jede 'Gesundheitsregion plus' kann sich um dieses Thema kümmern."

Die Ministerin fügte hinzu: "Die zunehmende Zahl Asylsuchender und die damit verbundenen Gesundheitsuntersuchungen haben den Öffentlichen Gesundheitsdienst ebenso wie die an der medizinischen Versorgung Beteiligten vor große Aufgaben gestellt. Aber trotz dieser erheblich gestiegenen Anforderungen agieren die Akteure des Gesundheitswesens stets kompetent, schnell und flexibel. Für ihr oftmals enormes Engagement danke ich allen sehr!"

Mit dem Programm "Gesundheitsregionen plus" wird die Zusammenarbeit in Gesundheitsfragen in verschiedenen Regionen des Freistaats gefördert. Ziel ist, alle Beteiligten am Gesundheitswesen vor Ort stärker zu vernetzen, um auf diese Weise die Gesundheitsvorsorge und die medizinische Versorgung der Menschen weiter zu verbessern. Das Bayerische Gesundheitsministerium fördert Landkreise und kreisfreie Städte, die "Gesundheitsregionen plus" bilden, bis Ende 2019 mit bis zu 250.000 Euro.

Zu dem "1. Tag der 'Gesundheitsregionen plus'" waren die Geschäftsstellenleiter nach Bamberg eingeladen worden. Das Treffen dauert bis einschließlich Freitag. Auch die Stadt und der Landkreis Bamberg bilden gemeinsam eine "Gesundheitsregion plus".

Huml unterstrich: "Das Interesse an den 'Gesundheitsregionen plus' ist groß. Mehr als 50 bayerische Landkreise und Städte interessieren sich bisher für das Konzept! Ich bin froh, dass die bayerischen Kommunen tragfähige Konzepte und innovative Ansätze für eine hochwertige medizinische Versorgung im ländlichen Raum entwickeln wollen."

Die Ministerin erläuterte: "Städte und Landkreise brauchen passgenaue Lösungen für die örtliche Gesundheitsversorgung. In der einen Region kann das bedeuten, die historisch gewachsene Krankenhauslandschaft zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Woanders muss man Ärztenachwuchs vor Ort finden. Und überall gilt es, lebensnahe



Präventionsangebote für die Mitbürgerinnen und Mitbürger zu erarbeiten."